

## Die Haushaltsrede von Marion Padua mit entsprechenden Hintergrundzahlen:

Die Haushaltslage hat sich im Vergleich zu den letzten Jahren entspannt. Unser Ziel bei den Beratungen war, dass am Ende ein stabiler und sozialer Haushalt verabschiedet wird, mit dem alle zufrieden sein könnten. Der Linken Liste ging es dabei vor allem um den **Erhalt** und in einigen Bereichen auch um den **Ausbau** der sozialen Daseinsvorsorge und der freiwilligen sozialen Leistungen.

Kommunale Daseinsvorsorge ist die Kernaufgabe der Kommune. Im Mittelpunkt unserer Anträge standen die Bürger\_innen. Die Kommune braucht dafür höhere Einnahmen durch eine **Steuerreform und einer Neuordnung der Finanzen** zwischen Bund, Länder und Kommunen.

Der kurzzeitige Aufschwung brachte mehr Steuereinnahmen für die Kommune. Mehr Gewinne für viele Unternehmen, jedoch für den Großteil der Bürgerinnen und Bürger war der Aufschwung ohne Wirkung.

Neu geschaffene Arbeitsplätze sind zum Großteil in der **Leiharbeit** zu finden, die bekanntermaßen im Niedriglohnsektor angesiedelt ist. Für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich die soziale Situation verschlechtert. Die im November 2011 veröffentlichte Studie (deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) bestätigte das, was wir bei jeder Stadtratssitzung sagen, das Reallohneinkommen der Arbeitnehmer\_innen sinkt. Von 2005 bis 2010 ist es im Durchschnitt um 7 % gesunken.

**Eine Reallohnsenkung, prekäre Arbeitsverhältnisse und eine explodierende Preisspirale** hat eine nicht mehr übersehbare Armut, wer sie denn sehen will, zur Folge.

Gleichzeitig gab es viele Steuergeschenke an die Unternehmen. Die Parteien, die diese Steuergeschenke beschlossen haben, sitzen hier im Stadtrat und könnten ihren Einfluss in Berlin geltend machen, wenn sie denn wollten.

***Hintergrundzahlen: Unternehmerentlastung:** Spitzensteuersatz für Einzelunternehmer wurde gesenkt. Gewerbesteuer wurde 1998 und die Vermögenssteuer 1996 abgeschafft. Außerordentlicher Ertrag beim Verkauf von Betrieben ist jetzt steuerfrei. Arbeitgeber zahlen nicht mehr die Hälfte der Sozialabgaben*

Ebenso müssen die kommunalen Spitzenverbände ihren Protest mehr zum Ausdruck bringen. Die Kürzungen der **Zuweisungen und Zuschüsse** durch den Bund werden auf das letzte Glied der Gesellschaft, auf die Bürgerinnen und Bürger, umverlegt. Z.B. durch eine 30prozentige Fahrpreiserhöhung wegen der etappenweise Kürzung der Zuweisungen des Bundes für den öffentlichen Nahverkehr. Die Einführung eines Stadttarifes ist hierfür keine Rettung sondern eine unzumutbare Kostensteigerung für die Fahrgäste und ein ökologischer Skandal.

***Hintergrundzahlen:** 2010 sanken die Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen von Bund und Land für die Kommune um 23,1 Mio. Gleichzeitig muss Nürnberg 25,7 Mio. mehr Bezirksumlage (Mittelfranken) zahlen. Für 2012 steigen die Zuweisungen vom Land um 12,2% = 7,1 Mio. Dies ist zweckgebunden für die Kinderbetreuungsplätze. Erstattung vom Bund erhöhen sich um 22,3 Mio, davon sind 10 Mio für Grundsicherung im Alter und 12 Mio für Unterkunft und Heizung. Hängt mit der Umsetzung der Bildungsgutscheine zusammen.*

Es ist an der Zeit, dass sich **Vermögende an der Krisenbewältigung** beteiligen. Die milliardenschwere Rettungsschirme für die Banken einerseits und die wachsende Armut andererseits zeugt davon, dass etwas im System nicht stimmt. Steigende Armut belastet nicht nur die Betroffenen, sondern auch den kommunalen Haushalt durch steigende Sozialausgaben. Um uns einen stabilen Haushalt ohne Neuverschuldung zu nähern, müssen die Einnahmen erhöht werden, denn die Kommune hat ein Einnahmeproblem!

**Hintergrundzahlen:** 2010 wurde mit einem Minus von fast 31 Mio. kalkuliert, jedoch mit 13,3 Mio plus abgeschlossen. 2011 wurde ein Minus von 16,8 Mio. Euro kalkuliert. 2012 wird erstmals mit einem Plus von 1,1 Mio. Euro kalkuliert (Jahresergebnis). Gewerbesteuer kann 71,5 Mio. höher ausfallen als im Jahr 2011. Gesamterträge der Steuern steigen 2012 um 13,7 % = 92,1 Mio. 51 Mio. muss an Tilgung wegen der hohen Verschuldung bezahlt werden! 2015 soll Schuldenabbauprozess beginnen.

Herr Brehm (CSU-Fraktionsvorsitzender), wo möchten Sie denn die Ausgaben noch kürzen? Nach jahrelanger Kürzungspolitik ist auf der **Ausgabenseite**, außer bei den Großprojekten, nichts mehr zu holen. Bei der Umsetzung des sog. Sparpaketes von 30 Mio. bis 2014 spürt man die Ratlosigkeit, ein Konzept liegt heute nicht vor. Alleine der Wegfall von zwei Referenten führt, außer zwei Referentengehälter, nicht automatisch zu weniger Kosten. Abgesehen davon, dass die Zusammenlegung von Schul- und Personalreferat überhaupt nicht passt.

**Hintergrundzahlen:** Bis 2013 sollen 10 Mio. und bis 2014 noch mal 20 Mio. „gespart“ werden.

Um die Einnahmeseite zu stärken, fordern wir eine Erhöhung der **Gewerbesteuer**, damit auch Unternehmen in die Pflicht genommen werden. Eine Erhöhung der um 15 Hebesatzpunkte, wie es bereits Fürth und Erlangen beschlossen hat, bringt eine Mehreinnahme von ca. 15 Mio. €, also 6 Mio. mehr als eine Erhöhung der Grundsteuer. Für die Bürger\_innen unserer Stadt explodieren die Preise: Tiergarten, Bäder und Museen, VAG und DB, Mietnebenkosten wie Strom und Gas sind nur einige Beispiele für 2010. Jetzt wurden Preiserhöhungen für Müll, Wasser und Friedhofsgebühren angekündigt. Dies ist für diejenigen, deren Löhne und Gehälter seit über 10 Jahren nicht gestiegen sind, unzumutbar!

Wir lehnen eine Erhöhung der **Grundsteuer** ab. Denn diese zahlen entweder die kleinen Hausbesitzer\_innen oder sie wird auf die Mieter\_innen umverlegt. Die Mehrheit des Stadtrates lehnt die Erhöhung der Gewerbesteuer ab, da man die Wirtschaft nicht belasten will. Mit den ständigen Belastungen der Bürger\_innen hat die Stadtratsmehrheit scheinbar kein Problem.

Eine weitere Reduzierung der Ausgaben sehen wir, außer bei den Großprojekten, darin, dass sich die **Messe und der Flughafen selbst tragen**. 20 Mio. Kapitalaufstockung für den Flughafen und 21,5 Mio für die Messe in den nächsten fünf Jahren und die Übernahme von Bürgschaften steht nicht im Verhältnis für den Nutzen der Bürger\_innen. Diese müssen finanzielle Risiken ausgleichen, doch den Nutzen hat hier doch eindeutig die Wirtschaft. Die 100 Gratistickets für ausgewählte Prominenten-Familien hätte sich air berlin ja sparen können.

Auf dem zweiten und dritten Arbeitsmarkt geht es rauf und runter. Die 1-€-Jobs wurden stark reduziert, was für die Erzieherinnen ein großes ernst zu nehmendes Problem darstellt. Als neue Form der öffentlich geförderte Arbeitsmaßnahmen werden für die sog. **Bürgerarbeit** im Haushalt 775.000 € für 100 Stellen eingestellt. Die Gefahr von solchen Modellen ist immer, dass damit normale Arbeitsplätze ersetzt werden. Weiterhin sind die unterschiedlichen Rechtsauffassungen zur Tarifpflicht dieser Arbeitsform nach wie vor ungeklärt. Deshalb lehnen wir die Einführung von Bürgerarbeit ab!

Wir benötigen sozialversicherungspflichtigen und vernünftig entlohnten Arbeitsplätze auf den **ersten Arbeitsmarkt**, hier hat das Wirtschaftsreferat eine große Herausforderung.

**Hintergrundzahlen:** 236 neue Stellen geplant, das entspricht vier Mio. höheren Personalkosten. Davon 14 neue Stellen für den Frankenschnellweg. Weiterhin 104,5 Stellen für den Ausbau von Kitas, Jugendsozialarbeit an Schulen, Umsetzung Bildungspaket.

Wir begrüßen die hohen **Investitionen in Sanierungen und Neubauten von Schulen und Kinderbetreuungsplätzen**. Doch diese Entwicklung kann nicht nur quantitativ betrachtet werden, sondern es muss auch die Qualität der Bildung und Erziehung und die personelle Ausstattung im Mittelpunkt stehen.

Ein Teil der Neubauten der Schulen sind als **ÖPP-Projekte** geplant. Diese Privatisierungsform trägt Risiken und ist nur begrenzt kalkulierbar. Als kreditähnliche Finanzierung müssen die ÖPP-Projekte von der Bezirksregierung genehmigt werden und zeigen sich damit als ein Teil der Finanztransaktionen der Banken, die uns die jetzige Krise beschert. Erst nach Beendigung des Rückkaufes werden sich die wirklichen Kosten zeigen. Die durch ÖPP finanzierte Bauten können nicht günstiger sein, da der private Träger sonst keinen Gewinn machen würde. ÖPP-Projekte verschulden die Stadt auf lange Zeit, verteuern die Projekte und entziehen sie der demokratischen Kontrolle.

*Hintergrundzahlen: Vier Kitas werden von wbg K realisiert; sieben Krippen durch wbg; zwei Schulen als ÖPP. Diese Investitionen steigen mit 124 Mio. (kommunal) Euro für die nächsten vier Jahre um 22,8 %. Der Mittelfristige Investitionsplan (MIP) beträgt 423,6 Mio (gesamt): davon ÖPNV (152,8 Mio.), Schulen (111,5 Mio.), Straßen und Plätze (103,8 Mio.), Kinderbetreuung (102,3 Mio.), Kultur und Sport (46 Mio).*

Neben den wichtigen Investitionsplanungen in den Bereichen Schulen und Betreuung findet sich im MIP einige Posten, bei denen die Frage berechtigt ist: **Können wir uns diesen Luxus noch leisten?**

**Prestigeprojekte**, die einen großen Teil des Etats verschlingen und deren Sinnigkeit mindestens in Frage gestellt werden muss. Allen voran der **Frankenschnellweg**, für ca. 400 Mio. €. Eine Autobahn quer durch Nürnberg mit unkalkulierbaren Folgekosten für die nächsten Generationen ist ein ökologisches und ökonomisches Wahnsinnsprojekt!

Weiterhin lehnen wir eine weitere Verlängerung der U 3 ab dem Klinikum und im Westen nach Gebersdorf ab. Dieser Weiterbau belastet die Kommune in den nächsten vier Jahre mit 31 Mio Euro. Dem Erhalt und dem Ausbau der Straßenbahnlinien ist dem Ausbau der U-Bahn-Linien Vorrang zu geben.

*Hintergrundzahlen: Frankenschnellweg im MIP: 24,6 Mio. gesamt, davon 7,8 Mio. Euro aus dem kommunalen Haushalt. Weiterbau der U-Bahn mit 31 Mio. kalkuliert.*

Generell sollten bei weitreichenden Maßnahmen die Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Wir begrüßen es, dass nächstes Jahr das Thema **Bürgerbeteiligung** im Stadtrat diskutiert wird. Allerdings darf es nicht der Augenwischerei und Manipulation dienen. So lange, wie über Großprojekte, wie dem Frankenschnellweg, die Nordspange, die U-Bahn oder Finanzspritzen für den Flughafen und Messe SPD und CSU alleine entscheiden und die Bürger dann nur die Einsparungen verwalten dürfen, kann von mehr Demokratie über „Bürgerhaushalte“ nicht die Rede sein.

Lückenlose frühzeitige Information und Austausch über verschiedene Ansichten gehört zur echten Willensbildung und kommunaler Demokratie und nicht nur Tipps zum Sparen, so wie es die CSU vorsieht. Dies betrifft ebenso die Eigenbetriebe. Mit mehr Transparenz und Einflussnahme durch die Bürger/innen wäre die Entscheidung über die Tarifierhöhung bei der VAG anders ausgefallen!

Die **Wiederbesetzungssperre** für städtische Mitarbeiter\_innen wurde im Stadtrat durchgestimmt, unsere Befürchtungen haben sich jetzt bewahrheitet. Der Jugendtreff Anna hatte in den Schulferien geschlossen. Nun sind die Internationalen Jugendzentren in St. Peter und in Gostenhof von dem Personalmangel betroffen. Viele Einrichtungen haben seit Jahren die tarifliche Gehaltserhöhung und wichtige Investitionen nicht umsetzen können. CSU-Fraktionsvorsitzende Brehm stellte für seine Fraktion fest, dass die Folgen der eigene Beschlüssen manchmal grotesk sind, siehe auch Straßenbahnlinie 9, doch diese Einsicht hinterher hilft den Betroffenen meistens nicht mehr. Vielleicht sollte mehr im Vorfeld durchdacht und auch auf kritische Stimmen gehört werden.

**Mit Verzicht auf einige Prestigeprojekte könnte völlig problemlos der soziale Bereich ausgebaut werden:**

**Zur Daseinsvorsorge gehört u.a. die Mobilität für alle.** Um dies umzusetzen bedarf es der Rücknahme der **30prozentigen Fahrpreiserhöhung** und die Einführung eines Sozialtickets. Heute morgen wurde dem Oberbürgermeister 6.000 Unterschriften gegen die VAG-Fahrpreis übergeben. Dieser Bürgerwille muss ernst genommen werden. Unser Antrag zur Rücknahme der VAG wird im Anschluss der Haushaltsberatungen behandelt, die Öffentlichkeit wird es verfolgen.

Die Stadträte und der Oberbürgermeister sitzen als Bürgervertretung im Aufsichtsrat in ihrer Funktion als Stadtrat. Man kann nicht beide Seiten, nämlich die Bürgerinteressen und die wirtschaftliche Entwicklung eines Unternehmens, bedienen. Bei diesem Beschluss wurden die Bürgerinteressen nicht beachten, dies muss heute korrigiert werden.

*Hintergrundzahlen: VAG: Fahrgäste um 1,4 % auf 155,3 Mio im Jahr gesteigert. Verkehrserlöse haben sich um 2,1 % (2,3 Mio) im Jahr 2010 gesteigert, durch steigende Fahrgastzahl und Tarifierhöhung Januar 2010. Einsparungen durch neue Tarifverträge, Personalabbau und weniger Streckenangebote. Beratungsunternehmen BSL stellte 2010 zu niedrige Tarife fest und empfahl diese 30prozentige Erhöhung.*

Es ist ein Skandal, dass die Entscheidung über ein **Sozialticket**, das 12.000 Menschen mit ihrer Unterschrift bekräftigt hatten, schon seit Jahren mit dem Hinweis auf eine Studie der VAG immer wieder hinausgezögert wird.

Zur sozialen Daseinsvorsorge gehört weiterhin der Bereich von bezahlbaren, ausreichenden Mietwohnungen. Deshalb beantragen wir mehr Gelder für den **sozialen Wohnungsbau**. Es gibt einen Bedarf von mindestens 10.000 zusätzliche bezahlbaren Mietwohnungen. Deshalb haben wir die Erhöhung diesen Etats beantragt.

Die **jahrelange Kürzungspolitik** hatte in dem laufenden Haushaltsjahr seine Folgen, die es wert sind, noch mal benannt zu werden: Schließung der kostenlosen Kinderbetreuung im Südpunkt; Erhöhung der Gebühren für Bäder, Museen und Tiergarten; das Mütterzentrum musste schließen; das Internationales Frauencafe hatte vorübergehend geschlossen und muss, wie versprochen, in den Haushalt aufgenommen werden.

Wir finden es sehr wichtig, dass die **sozialen und kulturellen Einrichtungen** dieser Stadt auch die Gelder bewilligt bekommen, die sie beantragen. Sie tragen enorm zur Lebensqualität bei und gewähren ein breites Netz an Beratung, Betreuung, Bildung und Kultur und damit einen großen Beitrag an einer solidarischen Stadtgesellschaft.

Uns sind vor allem die Einrichtungen in den Bereichen **Frauen-, Kinder- und Migrantinnenarbeit** wichtig. Diesen wurde teilweise in den letzten Jahren überdurchschnittlich gekürzt, es gab Versuche, einige zu Kinderhorte umzumodeln und es wurde sogar Schließungen bzw. vorübergehende Schließungen in Kauf genommen.

Warum sind uns die Errungenschaften der Frauenbewegung so wichtig? Weil wir Frauen gesellschaftlich immer noch nicht gleichgestellt sind und deshalb eigene Angebote und Strukturen benötigen.